

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 16. April 1980

am Donnerstag, dem 17. April 1989

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	2, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	2, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	6, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	2, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3, 38 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Teilt die Bundesregierung Befürchtungen und Klagen, daß die vielfältigen neuen Hilfsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, die über eine Hausbank beantragt werden müssen, von der Hausbank nicht mit dem gebotenen Nachdruck den Interessenten vorgestellt werden, da diese private Kredite vergeben will und keine staatlich begünstigten Hilfen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um die Fülle der Fördermaßnahmen besser als bisher an die mittelständische Wirtschaft heranzutragen?
2. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Welche Mineralölkonzerne haben in den letzten Jahren wieviel bisher unabhängige kleine und mittlere Mineralölunternehmen aufgekauft, und was gedenkt die Bundesregierung gegen die systematische Vernichtung des freien Mineralölhandels zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

3. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine Novellierung des sogenannten Maschinenschutzgesetzes dahin gehend für erforderlich, daß auch in privaten Haushalten Brand- und Rauchmelder installiert werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

4. Abgeordneter
Dr. Diederich
(SPD) Hält die Bundesregierung die von Frau Minister Huber vorgestellte und mit großem Aufwand betriebene Aufklärungskampagne über die Schädlichkeit des Rauchens für wirksam und glaubwürdig, wenn gleichzeitig die raffiniert mit Sex- und Potenzsymbolen betriebene Zigarettenreklame fortgesetzt wird, und wie gedenkt sie die schrittweise Einschränkung der Zigarettenwerbung zu erreichen?
5. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Liegen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleituntersuchungen zu den Modellversuchen „Tagesmütter“ inzwischen vor, und wie beurteilt die Bundesregierung die von ihr geförderten Modellversuche heute?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

6. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) In welchem Zusammenhang steht das Institut für Politik und Wirtschaft mit den Kampfgruppen der „DDR“, und werden die Erkenntnisse dieses Instituts, die es aus dem Bereich der wirtschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik Deutschland über seine Reisekader und andere Agenten erhält, zur Einsatzplanung an die Kampfgruppen weitergegeben?

7. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Größe in diesem Institut eine Kampfgruppen-Einheit besteht, und welche Einheiten der Kampfgruppen gibt es in den Ministerien der „DDR“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

8. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Trifft es zu, daß die Lehrstellenstatistik der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit ca. 70 000 Jungen und Mädchen nicht berücksichtigt, obwohl sie als Bewerber für einen Ausbildungsplatz anzusehen sind, wie dies vom Bundesinstitut für Berufsbildung behauptet wird, und welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls aus dieser Tatsache zu ziehen?
9. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, daß der EG-Ministerrat der Bildungsminister auf seiner nächsten Sitzung die verstärkte Bereitstellung von Mitteln aus dem EG-Haushalt, die vom Europäischen Parlament schon vor den Direktwahlen angeregt wurde, zur Förderung des Gedankens der Europäischen Integration in den Bildungssystemen der Gemeinschaftsländer beschließt, und hat die Bundesregierung diesbezüglich bilaterale Konsultationen mit Dänemark aufgenommen, das sich in dieser Frage offenbar besonders reserviert zeigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche konkreten Maßnahmen den Vertretern der Bundesregierung in den internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigungen seitens der französischen Delegation zur Verringerung der Abwasserlast aus dem französischen Chemieunternehmen in Carling zugesagt worden sind, welche Erfolge daraus zu erwarten sind, und warum die Bundesregierung angesichts der hierarchischen Entscheidungsstruktur französischer Behörden bisher noch nicht auf der Ebene der Regierungschefs auf Sanierungspläne zur Abwasserbeseitigung gedrängt hat?
11. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Hat auch nach Meinung der Bundesregierung in Fragen der Kernkraft bei der Fortführung der heutigen Politik der angerichtete Schaden schon mittelfristig einige Milliarden DM erreicht, wie die Züricher Zeitung vom 9. März feststellt?
12. Abgeordneter
Berger
(Herne)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die Feststellung im Urteil des Bundesdisziplinargerichts vom 28. März 1980, die Kandidatur für die DKP für öffentliche Wahlämter sei objektiv eine Dienstpflichtverletzung, die vom Bundespostminister öffentlich vertretene Auffassung aufgeben, der erklärt hat, die Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei sei nur ein Einzelelement der Bewertung, dem kein Vorrang vor anderen Einzelumständen zukomme; sinngemäß gelte dies für die Kandidatur zu öffentlichen Wahlämtern?

13. Abgeordneter
Berger
(Herne)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung in „Grundsätzen“, „Richtlinien“ oder vergleichbaren amtlichen Mitteilungen für alle Bundesbediensteten eindeutig klarstellen, daß – entgegen der von ihr bisher vertretenen Auffassung – nach dem Urteil des Bundesdisziplinargerichts eine disziplinarrechtlich relevante Pflichtverletzung des Beamten vorliegt, wenn dieser für die DKP kandidiert oder sich sonst politisch betätigt, damit ausgeschlossen ist, daß dieser sich auf Verbotsirrtum berufen kann, weil „selbst seine maßgeblichen Vorgesetzten eine Pflichtverletzung verneinen“?
14. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aktivitäten der in der Bundesrepublik Deutschland von rechtsorientierten türkischen Gruppierungen eingerichteten und teilweise staatlich unterstützten „Koranschulen“, die betont antichristlich agieren und türkische Christen unter Druck zu setzen versuchen?
15. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Ist der Bundesregierung die Zahl der Todesopfer bekannt, die infolge Waffengebrauchs bei Verkehrskontrollen der Polizei zu beklagen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

16. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung das Durchführungsgesetz zur Vierten Richtlinie der EG zur Koordination des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinie) vom 25. Juli 1978 vorlegen, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, falls der vorgesehene Vollzugstermin (1. August 1980) nicht eingehalten werden kann?
17. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Regelung beabsichtigt die Bundesregierung im Durchführungsgesetz hinsichtlich der Zulassung von Abschlußprüfern für die vorgesehenen Pflichtprüfungen der GmbH's zu treffen?
18. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung noch in dieser Wahlperiode die Entwürfe zur Änderung der Teile des Scheidungsrechts, die vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden sind, so rechtzeitig einbringen, daß die gesetzgebenden Körperschaften in der Lage sind, sie zu verabschieden, und wird die Bundesregierung notfalls dem Hinweis des Bundesverfassungsgerichts nachgehen, für eine vorläufige Regelung zu sorgen, um zu verhindern, daß betagte Betroffene die Wiedergutmachung des ihnen vom Gesetzgeber zugefügten Unrechts nicht mehr erleben?
19. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit von Veröffentlichungen nach § 687 ZPO, wonach die Entmündigung einer Person wegen Verschwendung oder Trunksucht vom Amtsgericht (mit voller Namens- und Adressenangabe) bekanntzumachen ist?
20. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Hält die Bundesregierung diese Gesetzesvorschrift gesellschaftspolitisch für noch vertretbar und verfassungsmäßig für vereinbar mit Artikel 1 Abs. 1 GG, der die Unantastbarkeit der Würde des Menschen garantiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

21. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Hat bei den Sondierungen und Verhandlungen, die der Bundesfinanzminister zur zweiten finanziellen Hilfsaktion für die Türkei führte, das Problem der ungedeckten Handelskredite deutscher Exporteure eine Rolle gespielt, und wenn ja, in welchem Sinn?
22. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie der Stand der Verhandlungen zwischen den deutschen Gläubigern und den türkischen Schuldern ist?
23. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung klare Vorstellungen darüber, wie der öffentlich-rechtliche und der schuldrechtliche Versorgungsausgleich nach den §§ 1587 ff. BGB steuerrechtlich zu behandeln ist, und wie sehen diese Vorstellungen gegebenenfalls aus?
24. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) In welcher Form soll nach Auffassung der Bundesregierung die weithin bestehende Rechtsunsicherheit über die steuerrechtlichen Folgen des Versorgungsausgleichs beseitigt werden, und warum ist bisher nichts geschehen?
25. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Nach welchen Grundsätzen verfährt die Bundesregierung bei der Erhaltung von Baudenkmalern im Besitz des Bundes, z. B. der Bundeswehr, der Bundespost, der Bundesbahn usw.?
26. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wie lange verhandelt die Bundesregierung mit der Stadt Stuttgart über die Veräußerung der Weissenhofsiedlung in Stuttgart, und ist der Bundesregierung bekannt, daß dieses Baudenkmal internationalen Ranges zunehmend verkommt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

27. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Ab wann ist die zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit dringend benötigte und in welcher Höhe ist die angekündigte Bezuschussung des Gasölpreises für die deutsche Kutterfischerei geplant, und ab wann ist die angekündigte finanzielle Förderung für energiesparende Fangmethoden bzw. neuer Fischereitechnologien vorgesehen?
28. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch der dem Zeitpunkt der Antragstellung für Neubaukostenzuschüsse für Fischkutter gemäß EG-Richtlinien und der Auszahlung der genehmigten Zuschüsse in der Regel bis zu einem Jahr vergeht, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, diesen Zeitraum, der vor allem für kleinere und mittlere Fischereiunternehmer eine starke finanzielle Belastung darstellt, zu verkürzen?
29. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt wie hoch der Anteil der Kaltfleischimporte aus den einzelnen EG-Staaten ist, die auf Hormongehalt untersucht werden, und wie sind die Ergebnisse?

30. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen hat die Verabreichung von Hormongaben auf die Wirtschaftlichkeit der Mastkälberproduktion und auf die Gesundheit der Verbraucher, die hormonhaltiges Kalbfleisch genießen?
31. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in mehreren Versuchen bewiesen wurde, daß zahlreiche neue Saatgut-Beizmittel nicht den gleichen Schutz junger Getreidepflanzen sicherstellen konnten wie die bisher im Einsatz befindlichen quecksilberhaltigen Beizmittel, und daß darüber hinaus in einigen Fällen sogar ausgesprochene Aufwuchsschäden beobachtet wurden, und ist die Bundesregierung bereit, aus diesen Erkenntnissen die Konsequenz zu ziehen, den Erlaß einer Verordnung zum Verbot quecksilberhaltiger Beizmittel vorerst zu verschieben, bis neuere, gesicherte Erkenntnisse den Einsatz von quecksilberfreien Beizmitteln rechtfertigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

32. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Fall Afghanistan vom Bundesnachrichtendienst schon vorgewarnt worden ist, als der heutige Bundeskanzler Schmidt das Amt des Bundesverteidigungsministers inne hatte?
33. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß es im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst zu Protestveranstaltungen in Bundeswehrdepots gekommen ist, und um welche Veranstaltungen handelt es sich dabei im einzelnen?
34. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Ist durch die Protestveranstaltungen im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Dienstbetrieb der Bundeswehr, etwa durch Abhaltung der Versammlungen auf Bundeswehrgelände und/oder während der Dienstzeit, beeinträchtigt worden, und welche disziplinar- und arbeitsrechtlichen Maßnahmen sind dagegen ergriffen worden?
35. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mittlerweile in der Lage, Auskunft über die Erkundungen zu geben, die von Angehörigen der Kampfgruppen der „DDR“ in Berlin-West im Jahre 1977 erfolgt sein sollen, und was besagen gegebenenfalls die vorliegenden Informationen?
36. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, über bestehende Patenschaften der SED der DDR, an denen auch Kampfgruppen der DDR beteiligt sind, zu Organisationen (nicht nur der DKP) in der Bundesrepublik Deutschland Auskunft zu geben, und gibt es solche Patenschaften, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland berühren, auch im Bereich der Wirtschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

37. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Vorbereitungen des weiteren Ausbaus der B 448 bei Offenbach und von Obertshausen bis zur A 3 einschließlich Umgehung Seligenstadt und einer Mainbrücke bei Seligenstadt, wann ist voraussichtlich mit dem Baubeginn und wann mit der Vollendung zu rechnen?

38. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Vorbereitung des Baus der B 46 (neu), wann ist voraussichtlich mit dem Baubeginn und wann mit der Vollendung zu rechnen?
39. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, für die zur Entlastung der Zollstelle Völklingen - Lauterbach geplante Anbindung der B 406 (A 620) über die Raffineriestraße den Anschluß an das französische Autobahnnetz bei den französischen Behörden zu erwirken?
40. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch-Gmünd)
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der von den technischen Überwachungsvereinen behaupteten Kostenunterdeckung in den Bereichen der technischen Überwachung von Kraftfahrzeugen und der Fahrtauglichkeitsprüfungen von Kraftfahrern (MPU)?
41. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch-Gmünd)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, damit bei den technischen Überwachungsvereinen die vorgeschriebene Kostendeckung eintritt?
42. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, bei der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, dem Umweltschutz- und Energiesparfaktor einen höheren Stellenwert bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit von Nahverkehrsstrecken zuzumessen?
43. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, unter diesem Gesichtspunkt „die Vorgaben des Bundesverkehrsministers hinsichtlich Quantität und Qualität des Schienenpersonennahverkehrs“ so zu ändern, daß in der Fläche mehr Nahverkehrsstrecken erhalten bleiben können, als bisher vorgesehen, und welche Auswirkungen könnte dies dann auf die Bundesbahnstrecke 105 haben?
44. Abgeordneter
Merker
(FDP) Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß eine im Auftrage des Bundesministers für Verkehr vom Sozialforschungsinstitut „Socialdata“ durchgeführte Befragung zum Verkehrsreiseverhalten nach den von ihr selbst aufgestellten Kriterien „anonym“ geführt wird, wenn der Fragebogen einerseits die Aufforderung enthält alle Vornamen der Familienmitglieder zu notieren, andererseits die unmißverständliche Aufforderung, diesen Fragebogen auch zu unterschreiben?
45. Abgeordneter
Merker
(FDP) Welche Funktion hat die auf dem Fragebogen aufgedruckte individuelle Kennnummer und die in diesem Fragebogen enthaltene Frage, wer den Fragebogen ausgefüllt hat?
46. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) In wieviel Tageszeitungen ist die ganzseitige Anzeige der Bundespost mit dem Tenor „Telefonieren wird billiger“ erschienen, und welche Kosten sind durch diese Aktionen entstanden?
47. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Wahrheitsgehalt der Behauptung, „Telefonieren wird billiger“ für diejenigen Kunden der Bundespost, die bislang den „Mondscheintarif“ ausgenutzt haben und jetzt Gebührenerhöhungen bis 75 v. H. hinnehmen müssen?

48. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich ab 1. April 1980 im Rahmen des sogenannten Billigtarifs von 18.00–8.00 Uhr auch die Gebühren für Telefongespräche in die Nachbarländer (z. B. Belgien, Frankreich) über die Grenzzone I und II um 25 v. H. verbilligen?
49. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Gilt die gleiche Ermäßigung auch für innerdeutsche Gespräche (Bundesrepublik Deutschland – DDR) und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

50. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend dem Vorschlag des bayerischen Staatsministers des Innern, Gerold Tandler, vom 4. März 1980, eine gesetzliche Regelung vorzubereiten, die das Problem der Fehlförderung im sozialen Wohnungsbestand beseitigt oder zumindest abmildert?
51. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Verwendung von Kunststoffen, insbesondere auf PVC-Basis, als Baumaterialien unter dem Gesichtspunkt des vorbeugenden Brandschutzes vor?
52. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche technischen und sonstigen Normen für Kunststoffe als Baumaterialien gibt es in Bezug auf vorbeugenden Brandschutz, und erscheinen diese der Bundesregierung angesichts steigender Schadensfälle noch als ausreichend?
53. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich beim Verbrennen moderner Kunststoffe Giftgase entwickeln, durch die bei Wohnungsbränden zahlreiche Menschen zu Tode kommen, und welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus dieser Tatsache zu ziehen?
54. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Menschen in der Bundesrepublik Deutschland durch die Entwicklung giftiger Gase bei der Verbrennung moderner Kunststoffe, Möbelbeläge oder Isoliermaterialien in privaten Haushalten ums Leben gekommen sind?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

55. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß viele Geheimdienstberichte des Bundesnachrichtendienstes ihre Adressaten in der Bundesregierung nicht erreicht haben?
56. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat der amtierende Leiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Dr. Grünwald, gegenüber der Bundespressekonferenz am 26. März 1980, um 15 Uhr, behauptet, Bundesbedienstete seien an den unter Bruch der Friedenspflicht erfolgten Warnstreiks nicht beteiligt gewesen, obwohl um 11 Uhr des gleichen Tages ausweislich der Bild- und Wortberichterstattung in Presse und Funk Angehörige seines eigenen Hauses vor dem Eingangstor des Bundespresseamts eine Demonstration veranstaltet hatten?

57. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Hat es die Leitung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung unterlassen, die Teilnehmer der Demonstration am 26. März 1980 auf die Rechtswidrigkeit ihres Tuns im Hinblick auf arbeitsrechtliche, beamtenrechtliche und demonstrationsstrafrechtliche Bestimmungen hinzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

58. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in die Zahl der innerhalb der Quoten aufgenommenen bzw. zur Aufnahme vorgesehenen Indochinaflüchtlinge (15510) über 5000 außerhalb der Quote eingereiste Flüchtlinge und etwa 2000 Personen, die sich bereits vor Herbst 1978 in der Bundesrepublik Deutschland aufhielten, eingerechnet wurden?
59. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU)
- Bis zu welchem Zeitpunkt und in welchen zeitlichen Schritten ist nach den Planungen des Auswärtigen Amts mit der Einreise der restlichen 4490 Flüchtlinge zu rechnen, und welche Gründe bestehen dafür, die noch offenen Quotenplätze seit einiger Zeit nur noch schleppend zu verteilen?
60. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die ablehnende Reaktion der türkischen Regierung auf ihre Pläne, herangewachsene Kinder ausländischer Arbeitnehmer gegen den Willen ihrer Heimatländer in Deutschland einzubürgern, nicht vorausgesehen, und wie wird sie dem dadurch ausgelösten zusätzlichen Streit im nordatlantischen Bündnis begegnen und verhindern, daß die Erreichung der mit den wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen zugunsten der Türkei angestrebten Ziele durch das eigene Verhalten der Bundesregierung erschwert wird?
61. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Pläne des Goethe-Institutes, Zweigstellen in Kleinstädten zu schließen und dafür Neubauten in Großstädten zu errichten, für vereinbar mit den Zielen des Bundesraumordnungsprogramms?
62. Abgeordneter
Gräf
Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Welchem Ziel räumt die Bundesregierung politischen Vorrang ein: dem Ziel, durch Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen gemäß dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 einen Ausgleich der ins Ungleichgewicht geratenen westlichen Nuklearbewaffnung herbeizuführen, oder dem Ziel, Verhandlungen über die Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenwaffen zwischen Ost und West zustandezubringen?
63. Abgeordneter
Gräf
Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung entschlossen, ihren Anteil zur Durchführung des NATO-Beschlusses zur Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen auch dann zu erbringen, wenn die Sowjet-Union wie bisher darauf besteht, daß die Bundesrepublik Deutschland vor Beginn von Ost-West-Verhandlungen über die Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenwaffen von diesem Beschluß abrukt?

64. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wieso weist die Bundesregierung einerseits immer wieder auf den deutschen Vertragsvorbehalt, keinen Friedensvertrag zu Lasten Deutschlands vorwegzunehmen, hin und erklärt, am Gebot der Grundgesetzprämambel, die staatliche Einheit ganz Deutschlands zu wahren, an den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und 1975 mit dem Verbot, Rechtspositionen ganz Deutschlands zu mindern und an Artikel 7 des Deutschlandvertrages festzuhalten, macht aber andererseits Staatsminister von Dohnanyi bereits jetzt (Bulletin 24/198) Zukunftsaussagen zur Oder/Neiße-Linie als endgültiger Grenze ganz Deutschlands?
65. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat Staatsminister von Dohnanyi in Bielefeld am 28. August 1979 die Gelegenheit wahrgenommen, um gem. der Antwort der Bundesregierung vom 26. April 1979 „der polnischen Seite die Bedeutung für die gegenseitigen Beziehungen zu erläutern“, die Artikel IV des Warschauer Vertrags besitzt, der den Deutschlandvertrag, welcher Grenzfestlegungen vor frei vereinbarten Friedensvertragsregelungen nicht gestattet, unberührt läßt?
66. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Warum hat Staatsminister von Dohnanyi bei seinen Ausführungen zur Madrider Folgekonferenz von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft nur die Fortentwicklung von vertrauensbildenden militärischen Maßnahmen, jedoch nicht von menschenrechtlichen Maßnahmen im Sinne der Schlußakte und des Korbes III von Helsinki erwähnt und dabei nicht auch auf die Verletzung der Menschenrechte in Polen – auch gegenüber den Deutschen – hingewiesen?
67. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Können die Erwartungen an den Warschauer Vertrag, daß er „... einen Schlußstrich setzen soll unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit“, angesichts der nach wie vor auch seitens der Bundesregierung registrierten Diskriminierung von Deutschen und der Vorenthaltung wesentlicher Menschenrechte für sie als erfüllt angesehen werden?
68. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Von welcher völkerrechtlich relevanten Tatsache leitet Staatsminister von Dohnanyi ab, daß die Massenvertreibung Deutscher und – in ihrer Folge – der Heimatverlust „unwiderruflich anzuerkennen“ sind (Bulletin 24/197)?
69. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Warum brach Staatsminister von Dohnanyi in Bielefeld beim Zitieren der Rede des Bundeskanzlers vom 32. Deutschen Historikerkongreß zu den Braunschweiger Schulbuchempfehlungen das Zitat vor folgendem Satz ab: „Die polnischen staatlich beauftragten Wissenschaftler haben sich an der einen oder anderen Stelle gegenüber ihren ungebundenen deutschen Verhandlungspartnern ein bißchen zu entschlossen durchgesetzt. Keine Stelle darf sich überfahren lassen, darf andere überfahren, niemand soll sich überfahren fühlen.“?
70. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Nachweise hat die Bundesregierung dafür, daß in den Schulen der Volksrepublik Polen „Fort-schritte“ in der Darstellung der deutschen Geschichte (Bulletin 24/199) erzielt wurden?

71. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Betrachtet die Bundesregierung die Kritik der Mehrheit der Bundesländer und die in den Landesparlamenten geäußerten ablehnenden Stellungnahmen zu der Verschweigung der Vertreibung und ihrer Umschreibung als „Bevölkerungsverschiebung“ in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen als „borniert“ (Bulletin 24/199)?
72. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung auch darin ein „erfreuliches Charakteristikum“ sowie eine „positive Entwicklung“ des deutsch-polnischen Kulturaustausches (Bulletin 24/199), wenn aufgrund der Rahmenvereinbarung zwischen Hannover und Posen auf kommunaler Ebene tätige Vereinigungen eine Absprache treffen, um die Beschlüsse der NATO zur Wiederherstellung des Gleichgewichts wie auch führende deutsche Politiker deshalb zu bekämpfen, weil sie für die Rechte Deutschlands und der Deutschen im Sinne des Völkerrechts und des Grundgesetzes eintreten (vgl. dazu auch „Ostinformationen“ des BPA vom 12. Januar 1980)?
73. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Wie ist es zu erklären, daß Staatsminister v. Dohnanyi einerseits Ansichten der von Prof. Ridder geleiteten Gesellschaft lobt, andererseits diese Gesellschaft die „Grundhaltung“ des Bundesverfassungsgerichts und der von ihm in Pflicht genommenen Verfassungsorgane, wonach das Deutsche Reich in seinen rechtmäßigen Grenzen fortbesteht, als ein Haupthindernis für die Entfaltung des Warschauer Vertrages ansieht („Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit“, S. 3; herausgegeben von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft im Rochus-Verlag)?
74. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Welche Staaten in Europa meinte Staatsminister von Dohnanyi mit dem Hinweis auf deren „gelegentlich sogar allzu festen Strukturen“ (Bulletin 24/200), und warum bezieht er diesen Satz von den „allzu festen Strukturen“ auch auf die Vereinigten Staaten?
75. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Rechnet Staatsminister von Dohnanyi die Beschlüsse der NATO zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auch zu den „Abrüstung und Rüstungskontrolle auf beiden Seiten erschwerenden Ereignissen“ (Bulletin 24/200)?
76. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) Sieht Staatsminister von Dohnanyi in den Beziehungen zwischen Europa, der Sowjetunion und den USA die „Konstellation des bipolaren Gleichgewichts“ als derzeit gegeben und tragfähig an?
77. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wieso könnten sich „Zweifel an der Vertragstreue der Bundesrepublik Deutschland“ (Bulletin 24/199) ergeben, wenn sie nach der gravierenden Verletzung der „unverletzbaren Regeln“ des Gewaltverbots der UN-Charta durch den Einfall in Afghanistan im Rahmen des Internationalen Deliktrechts Retorsionen und Repressalien gegen den Urheber der Verletzung multi- und bilateraler Verpflichtungen anwendet?
78. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Was meint in bezug auf den Einfall der Sowjetunion in Afghanistan Staatsminister von Dohnanyi mit der Aussage „regionale Spannungen müssen teilbar gemacht werden“, und er lasse sie in bezug auf die Entspannung in Europa — lediglich — nicht „insgesamt“ und „nicht völlig unabhängig“ „abkoppeln“?

79. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Welche „gewisse Folgen für Staatsangehörigkeit oder Vermögen“ (Bulletin 24/198) ergeben sich nach Auffassung von Staatsminister von Dohnanyi aus der Bestätigung des Vorbehalts des Bundesverfassungsgerichts, durch den ein wiedervereinigtes Deutschland als Völkerrechtssubjekt durch den Warschauer Vertrag nicht gebunden werden kann?
80. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Welche Hilfen beabsichtigt die Bundesregierung, um die auch nach den Erkenntnissen des Bundeskanzlers von Einseitigkeiten und Mängeln behafteten Braunschweiger Schulbuchempfehlungen „zu ergänzen, zu differenzieren und zu vertiefen“ (Bulletin 24/199), und werden dabei die zahlreichen fundierten Kritiken in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt werden?
81. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Trifft nach Information der Bundesregierung die Meldung in „Publik-Forum“ vom 7. März 1980 (Seite 22) zu, wonach Verfolgungskampagnen lateinamerikanischer Militärdiktatoren gegen fortschrittliche Christen durch den nordamerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt werden, und sieht sie sich veranlaßt, im Interesse der Glaubwürdigkeit der westlichen Allianz, dagegen bei der Regierung der Vereinigten Staaten vorstellig zu werden?
82. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Hat sich die südafrikanische Regierung inzwischen bereit erklärt, das deutsch-südafrikanische Kulturabkommen neu zu formulieren, damit die in seinem Rahmen stattfindenden Aktivitäten bezüglich der Gleichbehandlung aller Rassen sich realisieren lassen, und wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, das Abkommen zu kündigen?
83. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß, insbesondere armenische, Christen in der Türkei diskriminiert, ihre Arbeitsplätze mit Islamiten besetzt, ihre Religionsausübung behindert wird, und was gedenkt sie gegebenenfalls im Rahmen ihres Hilfsprogramms zu tun, um bei der türkischen Regierung auf eine positive Haltung zugunsten der Christen hinzuwirken?
84. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Müssen deutsche Touristen, die die Olympischen Spiele in Moskau besuchen und in einem der neuerichteten Hotels — etwa Kosmos — wohnen werden, mit einer ständigen Überwachung durch Ton- und Filmaufnahmen rechnen, oder kann die Bundesregierung den Bericht der Welt am Sonntag vom 23. März 1980 der amerikanischen Journalisten Dennis Eisenberg und Uri Dan dementieren?
85. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um entsprechend der von ihr wiederholt betonten Solidarität mit den Vereinigten Staaten die Maßnahmen des amerikanischen Präsidenten gegenüber dem Iran vom 6. April 1980 (Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wirtschaftliche Sanktionen) zu unterstützen?

86. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, US-Präsident Carter habe sich enttäuscht darüber geäußert, daß Verbündete zwar Schutz erwarteten, aber in der Unterstützung der amerikanischen Boykottmaßnahmen sich zu behutsam verhielten, und inwieweit ist die Bundesregierung bereit, die Vereinigten Staaten sowohl beim Olympiaboikott als auch beim Handelsboikott gegenüber Iran zu unterstützen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, gegen die sich jährlich wiederholende Tötung von zehntausenden Störchen im Libanon diplomatische Schritte zu Unternehmen, wie dies andere Regierungen bereits getan haben, oder welche anderen Möglichkeiten sieht sie, in dieser Hinsicht ihren Einfluß geltend zu machen?
2. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung in diesem Jahr schon konkret gegen den Völkermord in Kambodscha getan?
3. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung aktiv darum bemüht, zusammen mit den anderen Regierungen der EG-Mitgliedstaaten eine einheitliche Paßform für den sogenannten Europapaß zu schaffen, und, falls ja, wie ist der Stand der Angelegenheit?
4. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Wieviel Wochenstunden, Nachrichten und andere Formen der Information und Kommentierung, der Berichte und der Features, Musik- und sog. Hörerprogramme, senden in deutscher Sprache Radio „Moskau“, Radio „Kiew“, Radio „Frieden und Fortschritt“, Radio Warschau, Radio Prag, Radio Budapest, Radio Peking, Radio Hanoi, Radio Pjöngjang, Radio Tirana, Radio Belgrad, Zagreb und Ljubljana?
5. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Wieviel Wochenstunden in deutscher Sprache senden die Rundfunkstationen in: Beirut, Amman, Damaskus, Bagdad, Teheran, Jerusalem, Kairo, Tripolis, Algier, Tunis und Rabat?
6. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU) Inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen, daß US-Botschafter Rush — nach seinen eigenen Angaben vergangene Woche im Deutschen Fernsehen (SFB) — während der Berlin-Verhandlungen ohne Wissen der Engländer und Franzosen Sondergespräche mit den sowjetischen Botschaftern in Berlin und Bonn geführt, davon den damaligen Bundeskanzler jeweils verständigt und ihn konsultiert und der Vierer-Gruppe schließlich einen nahezu fertigen Vertragsentwurf vorgelegt habe, der zwischen den Vertretern der USA und der UdSSR ausgehandelt gewesen wäre, während die anderen Vertreter keine Ahnung davon gehabt hätten?
7. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU) Inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen, daß US-Botschafter Rush — nach einem Kommentar im Berliner „Tagesspiegel“ vom 28. März 1980 — sich bei dem damaligen Bundeskanzler über Geheimgespräche des Staatssekretärs Bahr mit den Russen beklagt habe, von dem es heißt, er habe signalisiert, was die Deutschen annehmen würden, auch wenn die westlichen Alliierten dazu noch nicht bereit seien?

8. Abgeordneter
Männing
(SPD) Welche konkreten Ergebnisse zeitigte der am 27. März 1980 begonnene Besuch einer offiziellen Delegation der Regierung Nikaraguas und der FSLN in bezug auf künftige Hilfsmaßnahmen der DDR für den Wiederaufbau Nikaraguas, und wie bewertet die Bundesregierung diese Vereinbarungen im einzelnen?
9. Abgeordneter
Männing
(SPD) Welche Unterstützung im zivilen und militärischen Bereich leistete die DDR der sandinistischen Befreiungsfront bis zum Sturz des Somoza-Regimes und seitdem?
10. Abgeordneter
Männing
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die von Humberto Ortega und Paul Verner am 31. März unterzeichnete Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen der SED und der FSLN unter dem Eindruck der wiederholt betonten Unabhängigkeit und Neutralität der FSLN und der „Regierung der Nationalen Erneuerung“ Nikaraguas?
11. Abgeordneter
Männing
(SPD) Wird die Bundesregierung trotz des offensichtlichen kommunistisch-militanten Charakters dieses Staatsbesuchs in der DDR an ihrem Kurs der unkonditionierten Hilfe für Nicaragua festhalten, und welche Einzelmaßnahmen sind in diesem Zusammenhang für die nächste Zukunft geplant?
12. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Inwieweit verhindert die CFA-Währung eine gleichberechtigte Beteiligung der EG-Mitgliedstaaten an der wirtschaftlichen Entwicklung der sogenannten frankophonen afrikanischen Länder?
13. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU) Hat der Bundeskanzler Präsident Sadat für seine einzigartige, mutige und menschliche Geste, dem Schah von Persien Asyl zu gewähren, seine Hochachtung ausgesprochen – wenn ja, in welcher die politische Position Sadats stärkenden Form geschah dies?
14. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Gehört es nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1967 zu den Aufgaben eines Botschafters, wenn der Botschafter der Volksrepublik Polen die Rechtsprechung höchster deutscher Gerichte, darunter des Bundesverfassungsgerichts, ebenso wie die verfassungsmäßige Länderkompetenz im Schulwesen und bei der Zulassung von Schulbüchern in Bielefeld aufs schärfste angriff (NWZ vom 1. März 1980), oder handelt es sich dabei um eine völkerrechtswidrige Einmischung in innere Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland?
15. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß bei den Bielefelder deutsch-polnischen Gesprächen, bei denen die Bundesregierung vertreten war, für den Jugendaustausch von polnischer Seite gefordert wurde, daß die deutschen Jugendlichen, die nach Polen kommen, genaue Kenntnisse über die kommunistischen Strukturen mitbringen und unter ihnen Jugendliche mit kommunistischer Einstellung sein müßten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Welche Chancen sieht die Bundesregierung, einen „Europapaß“, wie ihn das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 12. März 1980 einmütig forderte, einzuführen?
17. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Wann rechnet die Bundesregierung mit der Existenz eines einheitlichen „Europapasses“?
18. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, künftig nicht nur über die „besonderen Vorkommnisse“ in Kernkraftwerken, sondern in allen kerntechnischen Anlagen, inclusive der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe, dem Parlament zu berichten?
19. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag eine Auflistung der besonderen Vorkommnisse in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe zukommen zu lassen, die zu erhöhten radioaktiven Angaben und/oder zu Störungen des Betriebsablaufs geführt haben?
20. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, den 8. Juni 1980 zum autofreien Sonntag zu erklären, obwohl an diesem Tag eine große Zahl von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland vom deutschen Katholikentag in Berlin heimreisen wollen?
21. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, ab Sommer 1981 eine gleichzeitige Dauer der Sommerzeit in allen europäischen Ländern zu erreichen?
22. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Trifft es zu, wie der Kölner Stadt-Anzeiger, Ausgabe NR vom 5. März 1980, behauptet, daß das mit Mitteln des Bundes im Kellergeschoß der Johannes-Gutenberg-Realschule in Bergisch Gladbach-Bensberg ausgebaute Hilfskrankenhaus seit mehr als zehn Jahren ständig unter Grundwasser steht und somit für die zusätzliche krankenhausemäßige Versorgung bei Massenunglücken und Seuchenfällen, insbesondere aber im Verteidigungsfall, nicht einsatzfähig ist, und wann kann bejahendenfalls mit der Abhilfe dieser und gegebenenfalls noch weiterer Mißstände gerechnet werden?
23. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Wie steht es ansonsten um die Funktionsfähigkeit der Hilfskrankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland, und wie hoch ist der Prozentsatz der Hilfskrankenhäuser, deren Einsatzbereitschaft durch eine Übung oder durch einen ernsten Einsatz erprobt werden konnte?
24. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf den Abschluß einer verbindlichen völkerrechtlichen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der französischen Republik hinzuwirken, um eindeutig zu regeln, welche Vorgänge, Vorfälle oder Störfälle in grenznahen Kernkraftwerken dem Vertragspartner unverzüglich gemeldet werden müssen?

25. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten und die zeitliche Dauer bis zum Abschluß einer derartigen völkerrechtlichen Vereinbarung, die dringend erforderlich scheint, um die verständliche Beunruhigung der Bevölkerung im grenznahen Raum wenigstens bezüglich der schnellen Unterrichtung Rechnung zu tragen?
26. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Ist im Fall des Visumzwangs — und in welcher Weise — sichergestellt, daß die deutschen und ausländischen Fluggesellschaften nur diejenigen Personen zu deutschen Flughäfen befördern, die schon beim Abflug in ihrem Heimatland einen entsprechenden Sichtvermerk in ihren Pässen aufweisen können?
27. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auch solche Personen aus Ländern mit Visumzwang auch ohne entsprechenden Sichtvermerk in die Bundesrepublik Deutschland einreisen können, wenn sie beim Abflug die Bundesrepublik Deutschland nur als Transitland angeben?
28. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) In wie vielen Fällen wurden seit November 1979 auf den einzelnen Flughäfen in der Bundesrepublik Deutschland bei ankommenden Asylbewerbern gefälschte Pässe festgestellt, und was geschah mit diesen gefälschten Pässen?
29. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Lärmschutzbestimmungen des Bundes, insbesondere die Grenzwertfestsetzungen und Meßvorschriften, nicht den Besonderheiten der Lärmbelästigungen durch Schießanlagen gerecht werden, und plant sie daher, eine Ergänzung dieser Vorschriften in dieser Hinsicht vorzubereiten?
30. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Welche Stellungnahme hat die Bundesregierung zum Memorandum der Arbeitsgruppe Rechts-hilfe Gorleben vom 28. Februar 1980, das der Bundesregierung zugestellt wurde, abgegeben?
31. Abgeordneter
Graf
Stauffenberg
(CDU/CSU) Hat die Sowjet-Union oder die „DDR“ angekündigt, sie werde dem neuen Paß die Anerkennung als gültiges Reisepapier für die Bewohner Berlins verweigern, wenn ja, in welcher Form, und sieht die Bundesregierung eine solche Weigerung als vereinbar mit dem Vier-Mächte-Abkommen, den anderen Berliner Abkommen und dem Grundlagenvertrag mit der „DDR“ an?
32. Abgeordneter
Helmrich
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen wurden bisher Wehrdienstzeiten, die vor Vollendung des 17. Lebensjahrs geleistet wurden, bei der Berechnung des Besoldungsdienstalters (BDA) nicht angerechnet?
33. Abgeordneter
Helmrich
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß künftig solche Wehrdienstzeiten zur Vollendung des 17. Lebensjahrs auf das BDA angerechnet werden, zumal es sich in der Regel nicht um einen freiwillig vorzeitigen Eintritt in den öffentlichen Dienst/Wehrdienst handelt?
34. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Welche Entschädigungen erhalten ehemalige deutsche Soldaten für die Zeit ihrer russischen Kriegsgefangenschaft bzw. russischer Strafgefangenschaft?

35. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß der Vertreter des Bundespostministers in dem Verfahren vor dem Bundesdisziplinargericht gegen einen aktiven DKP-Funktionär u. a. ausgeführt hat, die Kandidatur für eine verfassungsfeindliche Partei zu einem Parlament erreiche noch nicht die Schwelle des Dienstvergehens, und der Bundespostminister halte es auch für falsch, daß die Treuepflicht der Beamten nicht nach Funktionen bemessen werde, und teilt die Bundesregierung diesen Standpunkt?
36. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den in Frage 35 vertretenen Rechtsstandpunkt revidieren, weil er unvereinbar ist mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975, in dem u. a. festgestellt wird, daß eine Treuepflichtverletzung des Beamten vorliegt, wenn er für eine verfassungsfeindliche Partei aktiv wird und in dem eine Differenzierung nach den dienstlichen Obliegenheiten abgelehnt wird sowie mit dem Urteil des Bundesdisziplinargerichts vom 28. März 1980, das u. a. festgestellt hat, die Grenze zur disziplinarrechtlich relevanten Pflichtverletzung werde überschritten, wenn ein Beamter für die DKP politisch aktiv tätig ist, indem er Parteizeitschriften herausgibt, Parteiämter übernimmt oder für die DKP kandidiert?
37. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Warum ist bei den Verhandlungen über den zum 31. Dezember 1978 gekündigten Manteltarifvertrag für Auszubildende im öffentlichen Dienst noch kein Ergebnis erzielt worden, und wie lange werden sich die Verhandlungen noch hinziehen?
38. Abgeordneter
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD)
- Treffen Veröffentlichungen zu, nach denen die Zahl der Mitarbeiterinnen im Schreibdienst in den Bonner Ministerien (Vergütungsgruppen VI b-IX BAT) in den vergangenen fünf Jahren um ca. 25 v. H. zurückgegangen sind, und auf welche Gründe führt die Bundesregierung diese Entwicklung zurück?
39. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der technische Stand von Katalysatoren zur Verminderung der Schadstoffe im Abgas von Kraftfahrzeugmotoren ausreichend ist, um eine gesetzliche Herabsetzung der Grenzwerte für Schadstoffimmissionen zu rechtfertigen?
40. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD)
- Wie hoch wären die Kosten bei einer Verwendung von Katalysatoren im Verhältnis zu anderen Möglichkeiten der Schadstoffverminderung im Abgas von Kfz, und hält die Bundesregierung eine Kostenerhöhung bei einer möglichen drastischen Verminderung der Schadstoffe für vertretbar?
41. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Trifft es zu, daß zwischen den Vorschriften für Dienststellen des Bundes und der Arbeitsstättenverordnung Widersprüche bestehen, falls ja, beabsichtigt die Bundesregierung, diese Vorschriften zur Qualität der Arbeitsplätze zu harmonisieren?
42. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung und gegebenenfalls in welcher Form auf das NOC und auf das IOC eingewirkt, um zu verhindern, daß bei den Olympischen Spielen in Lake Placid die Bundesrepublik Deutschland fälschlicherweise mit „FRG“ und

- nicht mit „D“ bzw. „GER“ abgekürzt wurde, und ist der Bundesregierung bekannt, ob das NOC entsprechende Bemühungen beim IOC vorgenommen hat?
43. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, über das Bundesarchiv zu veranlassen, daß im Freiheitsmuseum Rastatt der Beitrag der Soziallehren der christlichen Kirchen zu den Freiheitsbewegungen der Neuzeit dargestellt wird?
44. Abgeordneter
Gerlach
(Oberbau)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister nach der Übernahme des Ressorts die Amtshilfe des Bundesamtes für Verfassungsschutz für die Bundeswehr untersagte und so Verfassungsfeinden unter den Wehrpflichtigen die Bildung von Zellen in der Bundeswehr ermöglichte, und wie wird die Bundesregierung in Zukunft sicherstellen, daß die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nicht beeinträchtigt wird und derartige Zellenbildungen unterbunden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

45. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die steuerliche Begünstigung der Nebeneinkünfte aus wissenschaftlicher, künstlerischer oder schriftstellerischer Tätigkeit zu einer steuerlichen Benachteiligung von teilzeitarbeitenden Frauen führt, wenn diese beispielsweise als Mütter kleiner Kinder eine wissenschaftliche oder künstlerische Teilzeitbeschäftigung ausüben, und die Einkünfte aus dieser Teilzeitarbeit höher versteuern müssen als die Einkünfte von Männern, die die gleiche Teilzeitarbeit als Nebentätigkeit leisten?
46. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, dieser steuerlichen Benachteiligung abzuhelfen, beispielsweise dadurch, daß die steuerliche Begünstigung der Einkünfte aus wissenschaftlicher, künstlerischer oder schriftstellerischer Tätigkeit auch dann gewährt wird, wenn sie nicht als Nebentätigkeit sondern als Teilzeittätigkeit ausgeübt wird, etwa durch Festlegung einer Höchstgrenze dieser Einkünfte, bis zu der die steuerliche Vergünstigung gewährt wird?
47. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch das neue, seit 1. Januar 1980 praktizierte Umsatzsteuererhebungsverfahren zum Teil erhebliche Wartezeiten für ausländische Omnibusse an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland entstehen, und ist der Bundesregierung auch bekannt, daß dadurch, daß Busfahrer den an der Grenze entstandenen Zeitverlust aufzuholen versuchen, im grenznahen Hotel- und Gaststättengewerbe spürbare Umsatzverluste eingetreten sind und eintreten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das zeitaufwendige Verfahren zu vereinfachen?
48. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich der Baubeginn (Erdarbeiten) für den Neubau der Grenzabfertigungsanlage beim Zollamt Bunderneuland, Landkreis Leer, weiter verzögert, weil neue Schwierigkeiten aufgetreten sind (Stichwort: Sieltief), und kann die Bundesregierung ihre Auskunft auf meine Schriftliche Anfrage Nr. 34 B der Drucksache 8/3573 aufrechterhalten?

49. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Welche Fälle sind dem Bundesfinanzminister in den letzten Jahren bekanntgeworden, in denen ein anderer Bundesminister sich hinsichtlich der Verwaltung von Haushaltsmitteln nicht an Richtlinien oder andere an die obersten Bundesbehörden gerichtete Rundschreiben des Bundesfinanzministeriums gehalten hat, und wie hat der Bundesfinanzminister jeweils hierauf reagiert?
50. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Welchen Grad von Beachtung seiner Richtlinien und anderen an die obersten Bundesbehörden gerichteten Rundschreiben in Haushaltsangelegenheiten verspricht sich der Bundesfinanzminister, wenn er bei Nichtbeachtung solcher Richtlinien oder Rundschreiben so reagiert wie im Fall der Anschaffung eines neuen Ministerwagens durch den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (vgl. Antwort auf meine Anfrage Nr. B 59 Drucksache 8/3738)?
51. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß der Erlaß des Bundesfinanzministers vom 20. Juli 1976 (Bundessteuer-Blatt I, Seite 389) betreffend lohnsteuerliche Behandlung von Zeitzuschlägen, Zulagen und Entschädigungen auf Grund des Bundes-Manteltarifvertrags für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe sowie für vergleichbare Zeitzuschläge nach dem Manteltarif für Arbeiter des Bundes und dem Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder sehr verwaltungsaufwendig geregelt ist, und wie stellt sich die Bundesregierung vor, daß die geforderte Zeiterfassung von Fremdverkehrsbetrieben — vor allem auch in der Hochsaison — erbracht werden kann?
52. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Ermittlungen des deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes bestätigen, wonach für 15 Arbeitnehmer 840 Daten an 25 Arbeitstagen erfaßt werden müßten, um für die Arbeitnehmer des Fremdenverkehrsgewerbes die Steuerbefreiung für Zeitzuschläge zu erhalten und wenn ja, ist damit die Grenze des Zumutbaren überschritten?
53. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist der Bundesregierung das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Koblenz bekannt, nachdem von einer Gemeinde im Hinblick auf erwartete neue Arbeitsplätze bezahlte Subventionen das geförderte Unternehmen nicht verpflichten, die Absprachen einzuhalten (Aktz.: 7 A 14/79), und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf gesetzgeberischem Wege sicherzustellen, daß in ähnlichen Fällen gezahlte Subventionen ganz oder teilweise zurückgezahlt werden müssen, wenn Zusagen seitens der geförderten Firmen nicht eingehalten werden?
54. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Gehört die gemäß § 46 Abs. 5 BPers VG freigestellten Personalratsmitgliedern gewährte Aufwandsentschädigung zu den steuerfreien Bezügen nach § 3 Nr. 12 Satz 2 EStG?
55. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Welches sind die Hauptkriterien der unterschiedlichen statistischen Erfassung der Inflationsraten in den USA und der Bundesrepublik Deutschland — und welcher ungefähre prozentuale Aufschlag müßte in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden, wenn die augenblickliche Inflationsrate von ca. 6 v. H. nach den exakteren amerikanischen Erfassungsmethoden berechnet würde?

56. Abgeordneter
Carstens
(**Emstek**)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die vom Bundesfinanzministeriums herausgegebene Broschüre „Bundeshaushalt 1980“ im Bundesfinanzministerium oder auch in anderen Häusern auch an Besuchergruppen verteilt worden ist, in denen Landtagswahlen unmittelbar bevorstehen (z. B. Nordrhein-Westfalen und Saarland)?
57. Abgeordneter
Carstens
(**Emstek**)
(CDU/CSU)
- Wenn ja: Wie vereinbart sich die Handhabung, daß die Broschüre im Bundesfinanzministerium z. B. an eine Besuchergruppe aus Düsseldorf verteilt worden ist, mit der Erklärung des Vertreters des Bundesfinanzministers in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 27. Februar 1980, daß von der Verteilung der Broschüre „die Länder mit Landtagswahlkämpfen ausgeschlossen seien“, und wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, daß diese Zusicherung künftig eingehalten wird?
58. Abgeordneter
Carstens
(**Emstek**)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise beachtet die Bundesregierung die erwähnte Zusicherung, wenn Verbände der Parteien, sonstige Stellen oder Privatpersonen aus Bundesländern, in denen Wahlen unmittelbar bevorstehen, die Broschüre anfordern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

59. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Sowjetunion vertraglich verpflichtet hat, den Bürgschaftsrahmen für wirtschaftliche Großprojekte auf einem bestimmten Niveau zu halten?
60. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Würde dies angesichts der derzeitigen Überlegungen über wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Sowjetunion bedeuten, daß der Bürgschaftsrahmen für Ausfuhrgeschäfte in die Sowjetunion nicht einseitig von der Bundesregierung herabgesetzt werden kann?
61. Abgeordneter
Dr. Köhler
(**Duisburg**)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, aus welchen Ländern das Uran stammt, das die Bundesrepublik Deutschland angereichert aus der Sowjetunion bezieht, und ist es richtig, daß es sich bei dieser Geschäftsbeziehung in der Hauptsache um die Inanspruchnahme von Aufbereitungskapazitäten handelt?
62. Abgeordneter
Dr. Köhler
(**Duisburg**)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Sowjetunion, wie vielfach behauptet, ein wichtiger Lieferant der Bundesrepublik Deutschland für Chromerz ist, oder ist es richtig, daß der Anteil der Sowjetunion an den deutschen Chromerzimporten von fast 30 v. H. im Jahr 1975 auf etwa 4 v. H. im Jahr 1979 zurückgegangen ist und dafür die Importe aus Albanien stark zugenommen haben?
63. Abgeordneter
Dr. Köhler
(**Duisburg**)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Gründe nennen, die zu dieser Entwicklung geführt haben?

64. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die deutsche Textilindustrie einen flankierenden Schutz gegen unverkraftbare Importzuwächse braucht, und ist ihr bekannt, daß jährlich für 24 Milliarden DM Textilerzeugnisse eingeführt, während nur für 10 Milliarden DM solche Erzeugnisse ausgeführt werden und daß bei der pro-Kopf-Einfuhr die Bundesrepublik Deutschland mit 145 Dollar vor Frankreich mit 69 Dollar und Großbritannien mit 59 Dollar rangiert, und ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß diese Unterschiede dadurch entstehen, daß innerhalb der EG ständig der Versuch unternommen wird, den freien Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft zu beeinträchtigen, was dazu führt, daß die Hauptmengen des Welttextilabkommens in die Bundesrepublik Deutschland fließen?
65. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Wenn die Bundesregierung der Textilindustrie ankündigt (siehe Äußerungen von Frau Helga Steeg, Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik im Bundeswirtschaftsministerium, anlässlich der Jahresversammlung des Gesamtverbands der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland in Köln am 4. Februar 1980), daß nach ihrer Meinung die Schutzmaßnahmen des Welttextilabkommens möglichst bald aufgehoben werden müßten, was wird sie dann unternehmen, um die deutsche Textilindustrie in die Lage zu versetzen, die notwendige Umstrukturierung durchzuführen, dies vor allem im Hinblick auf Investitionen zur Erhaltung der Arbeitsplätze, die überwiegend mit Frauen besetzt sind?
66. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Wäre die Bundesregierung bereit, ähnliche Beträge zur Verfügung zu stellen, wie sie z. Z. für die Umstrukturierung der Stahlindustrie zur Verfügung stehen, um notwendige Umstrukturierungsinvestitionen möglich zu machen, besonders auch angesichts der bestehenden Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt?
67. Abgeordneter
Besch
(CDU/CSU)
- Wann hat die Bundesregierung das Memorandum der norddeutschen Küstenländer zur Stärkung der Wirtschaft in dieser Region erhalten, und welche konkreten Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung daraus gezogen?
68. Abgeordneter
Besch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf der Grundlage dieses Memorandums eigene Beiträge zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der norddeutschen Region zu leisten, und welcher Art werden diese sein?
69. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß eine deutsche Firma, die sich in Südfrankreich niederlassen wollte, deshalb gescheitert ist, weil französische Produzenten dagegen Sturm liefen, und ist die Bundesregierung bereit, diese den Grundregeln der Europäischen Gemeinschaft widersprechenden Praktiken sowohl in Paris als auch in Brüssel zur Sprache zu bringen und für ihre Abschaffung zu sorgen?
70. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Bundeswirtschaftsministerium gegen eine weitere Verdrängung des Heizöls aus der Verstromung vorstellig geworden sind, und welches waren die dafür vorgetragenen Gründe?

71. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob für Kohleveredlungsanlagen die Berg- oder die Gewerbeaufsichtsämter die zuständigen Genehmigungsbehörden sind?
72. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welchen Überblick hat die Bundesregierung über die Reingewinnergebnisse der bekannten Multinationalen Ölgesellschaften und deren deutsche Tochtergesellschaften für das Jahr 1979, und welche verbraucherpolitischen Konsequenzen zieht sie daraus?
73. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie hoch sind nach Angaben der Bundesregierung die Stromerzeugungskosten aus vergleichbaren Kohle- und Kernkraftwerken nach neuestem Preisstand für Kohle und Kernenergie sowohl betriebswirtschaftlich, als auch volkswirtschaftlich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen staatlichen Förderungsmaßnahmen für beide Energiequellen?
74. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Welche Angaben liegen der Bundesregierung vor über die unterschiedlichen Strompreise innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere für die Wirtschaft, und welche Schlußfolgerungen ergeben sich hieraus für die Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Industriezweige?
75. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Welche Absichten verfolgt die Bundesregierung mit dem Programm Norddeutschland zur Stärkung der Wirtschaft der vier Küstenländer, und mit der Verwirklichung welcher Vorschläge zugunsten des norddeutschen Raums ist zu welchem Zeitpunkt zu rechnen?
76. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele elektrische Wärmepumpen mit welcher elektrischer Leistungsaufnahme insgesamt gegenwärtig zu Heizzwecken eingesetzt werden?
77. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie entwickelt sich ihre Verwendung im Wärme- markt, und welches Potential für die Verdrängung von Heizöl sieht die Bundesregierung auf Grund dieser Entwicklung in den kommenden Jahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

78. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die den niederländischen Gartenbaubetrieben ab 1. April 1980 eingeräumten Vorzugspreise für den Bezug von Erdgas mit dem Streben der Europäischen Gemeinschaft nach vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen für vereinbar?
79. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die sich daraus ergebenden Nachteile für den deutschen Gartenbau abzuwenden?
80. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Trifft nach Ansicht der Bundesregierung insbesondere die in dem Artikel der Zeitschrift des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Natur und Umwelt (Heft 1/80), zum Ausdruck gebrachte Behauptung zu, daß durch die geplante Vordeichung Nahrungsgründe für annähernd 100000 Watt- und Wasservögel verlorengehen und daß auch andere, an das Wattenmeer eng angepaßte Tiere absterben müßten?

81. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Trifft es zu, daß nach dem am 23. November 1976 vorgelegten Bericht der amtlichen deutsch-dänischen Technikerkommission das gleiche Maß an Sicherheit vor Sturmfluten mit einer Erhöhung des vorhandenen Seedeichs erreicht werden könnte, wie mit der geplanten Vordeichung und daß die Erhöhung des vorhandenen Seedeichs darüber hinaus rund 2,4 Millionen DM billiger wäre?
82. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Trifft der Vorwurf der Aktionsgemeinschaft Nordseewatten zu, daß das demokratische Verfahren der Bürgerbeteiligung durch den zwischen den Regierungen Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland am 17. März 1978 geschlossenen Vertrag und die darin festgelegte Linienführung für den neuen Deich unterlaufen wird?
83. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Wäre die Bundesregierung bereit, Aufklärungsaktionen zu fördern, die den möglichen Käufern von Bekleidungsartikeln mit Robbenfellen über die Art der Pelzgewinnung aufklären, und sieht die Bundesregierung darin einen Beitrag, der aus Gründen des Tierschutzes helfen kann, die Nachfrage nach Robbenfellen in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich zu vermindern?
84. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Welche Länder haben nach Erkenntnissen der Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt ein Importverbot für Robbenfelle aus Kanada erlassen, und sind der Bundesregierung Initiativen bekannt, die innerhalb der EG, der Mitgliedsländer des Europarats oder der UNO mit dem Ziel erörtert werden, die grausame Tötung von jungen Robben für die Herstellung von Bekleidungsartikeln zu unterbinden?
85. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Wie hoch ist der Anteil der Nebenerwerbslandwirte in der Bundesrepublik Deutschland, und wie hoch ist ihr Beitrag zur landwirtschaftlichen Produktion?
86. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Bayerischen Bauernverbandes, daß die Inhaber einiger zehntausend dortiger Vollerwerbsbetriebe, die an der unteren Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren arbeiten, längst den Schritt zum Nebenerwerb getan hätten, müßten sie nicht infolge fehlender außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze wie bisher weitermachen, und was kann hier getan werden?
87. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Werden weiterhin vom Aussterben bedrohte Tierarten in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt, obgleich sie im Inland einem absoluten Besitz- und Handelsverbot unterliegen, und trifft es ferner zu, daß bei uns „der Import so hochgradig gefährdeter Tiere wie Biber, Fischotter, Bartgeier, Adler, Schlangen und selbst seltenster Schmetterlinge“ zugelassen werden, wie der Sprecher der Naturschutzverbände, Kroymann, beklagt?
88. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß 250 000 kg Rotbarsch nicht zu günstigen Preisen an die Verbraucher verkauft, sondern mit Hilfe des Interventionssystems zu Fischmehl verarbeitet worden sind, und hält sie diese Preisstützungsaktion aus der Sicht der Verbraucher für gerechtfertigt?

89. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit sich die europäische Fischmarktordnung mehr am Markt orientiert und die Interessen der Verbraucher wieder mehr zum Zuge kommen?
90. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Trifft es zu, daß der Waldbestand in der Bundesrepublik Deutschland flächenmäßig seit 1960 zugenommen hat, und welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um eine weitere Steigerung durch Aufforstung von aufgegebenen landwirtschaftlichen Flächen sicherzustellen?
91. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es frei zugänglich im Handel nicht-selektive Schädlingsbekämpfungsmittel gibt?
92. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um durch Rahmenverordnungen den Einsatz nicht-selektiver Schädlingsbekämpfungsmittel zu unterbinden?
93. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Vernichtung bzw. Umwandlung von 250 t Rotbarsch in Fischmehl durch die Erzeugerorganisation der deutschen Hochseefischerei auf Grund der Interventionskäufe im Februar 1980 angesichts der Bemühungen der deutschen Fischwirtschaft z. B. um höhere Fangquoten und Fangrechte?
94. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß in diesem Fall preisgünstige Ware vom Markt ferngehalten wurde, um den vergleichsweise hohen Preis für Rotbarsch zumindest zu halten?
95. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Warnung des Staatlichen Weinbauinstituts Freiburg vor einer unkontrollierten Verwendung von Müllkompost im Weinbau wegen des verhältnismäßig hohen Gehalts an Schwermetallen und den damit verbundenen negativen Folgen für die Weine, und wie können gegebenenfalls diese negativen Folgen vermieden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

96. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die seitens der örtlichen Krankenversicherungsträger in Wilhelmshaven gemeinsam geäußerten Bedenken gegen die Einrichtung eines Beratungszentrums für die Krankenversicherungsträger sowohl bezüglich dessen praktischer Bedeutung als auch der rechtlichen Grundlagen im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch?
97. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund dieser Bedenken die Modalitäten für den vorgesehenen Modellversuch noch einmal zu überprüfen bzw. auf diesen zu verzichten?
98. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Schwerbehinderte auch im Strafvollzug beschäftigt werden können (§ 11 des Schwerbehindertengesetzes), und ist sie bereit, darauf hinzuwirken?

99. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius**
(SPD) Ist der Bundesregierung die Zahl alleinstehender Mütter bekannt, die von dem Mutterschaftsurlaubsgesetz Gebrauch machen, und wenn nein, wäre die Bundesregierung bereit, durch Umfrage bei den Krankenkassen feststellen zu lassen, ob alleinstehende Mütter in höherem oder niedrigerem Umfang von der Möglichkeit des Mutterschaftsurlaubs Gebrauch machen?
100. Abgeordnete
**Frau
Schleicher**
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung das seit 1969 vorliegende Übereinkommen des Europarats, das die Anstellung von Aupair-Mädchen im Ausland regelt, zwar unterzeichnet, aber bis heute noch nicht ratifiziert?
101. Abgeordnete
**Frau
Schleicher**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der Schutz der Aupair-Mädchen auch ohne dieses Übereinkommen genügend gesichert ist, und wie kann sie deutsche Aupair-Mädchen im Ausland vor mißbräuchlicher Ausnutzung schützen?
102. Abgeordneter
Amling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß es durchaus behinderte Kinder gibt, die im Alter von über acht Jahren erst im Fall einer Akuterkrankung und im Zusammenhang mit ihrer Behinderung auf besondere Hilfe angewiesen sind, und ist die Bundesregierung bereit, den § 185c Abs. 1 der RVO in Anlehnung an den § 185b Abs. 1 RVO entsprechend zu ergänzen?
103. Abgeordneter
Peter
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung noch vor der Sommerpause 1980 einen Gesetzentwurf über einen bundeseinheitlichen Bergmannsversorgungsschein im Bundestag einzubringen, und wenn ja, welchen Zielen soll der Gesetzentwurf im wesentlichen dienen?
104. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Wann ist mit der Verabschiedung eines Entwurfs zur Änderung der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe durch das Bundeskabinett zu rechnen, die der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 27. Februar 1980 noch für diese Legislaturperiode angekündigt hat?
105. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, welche Kosten entstehen würden, wenn der Kriegsdienst nicht nur bei dem Personenkreis als Ersatzzeit in der Rentenversicherung gerechnet würde, der vorher einer versicherungspflichtigen Tätigkeit nachging, oder hinterher innerhalb von drei Jahren eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen hat?
106. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die äußerst geringen Renten ehemaliger Hebammen, die lediglich Mindesteinkommen bezogen haben und deren Sozialversicherungsbeiträge hauptsächlich von Gemeindeämtern nach den niedrigsten Sätzen gelebt wurden, anzuheben?
107. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die in § 185 b RVO geregelte Haushaltshilfe auf Hausentbindungen zu erstrecken, wenn nicht, welche Gründe sprechen gegen eine solche Regelung?

108. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes angesichts zunehmender Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, und wann ist mit dem Inkrafttreten der von der Bundesanstalt für Arbeit vorbereiteten sogenannten „ABM-Anordnung“ zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

109. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Über welche Unterbringungskapazität verfügen die einzelnen Feldweibelwohnheime, die in den letzten fünf Jahren im Wehrbereich VI fertiggestellt wurden, und in welchem Umfang werden diese Wohnheime z. Z. nicht ausschließlich ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung entsprechend — Dauerunterkunft für unverheiratete Feldwebeldienstgrade —, sondern in anderer Weise genutzt?
110. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Mit welcher Aufnahmekapazität sind z. Z. weitere Feldweibelwohnheime im Wehrbereich VI geplant bzw. im Bau, und wie groß ist der Anteil unverheirateter Feldweibel, die nach heutigem Kenntnisstand in diese Wohnheime einziehen werden?
111. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Wie groß war die Gesamtzahl der Wehrpflichtigen in den Jahren 1970, 1978 und 1979, und wie groß war in den genannten Jahren der Anteil derer, die wehrdiensttauglich bzw. nicht tauglich waren?
112. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Wie viele Wehrpflichtige wurden in den Jahren 1970, 1978 und 1979 nicht einberufen, obwohl sie wehrdiensttauglich waren, und welche Gründe waren dafür maßgeblich?
113. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie die Presse meldet — eine Prüfungskammer im Wehrbereich Nürnberg ihren ablehnenden Bescheid auf einen Anerkennungsantrag als Kriegsdienstverweigerer damit begründet hat, daß der Antragsteller Autofahrer ist und folglich die Gefährdung des Lebens anderer in Kauf nimmt, und trifft diese Beurteilung nach Auffassung der Bundesregierung den Kern des Verfassungsrechts auf Kriegsdienstverweigerung?
114. Abgeordneter
Möhring
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Wehrbereich VI von einer Prüfungskammer für Kriegsdienstverweigerer ein Antragsteller mit der Begründung zurückgewiesen wurde, er sei nicht bereit, auf sein Auto zu verzichten, obwohl er als Verkehrsteilnehmer doch die Gefährdung des Lebens anderer bewußt in Kauf nehme?
115. Abgeordneter
Möhring
(SPD)
- Kann sich die Bundesregierung einer solchen Begründung anschließen, und ist sie der Meinung, daß eine Gewissensentscheidung durch die Prüfung der Frage nach Nichtteilnahme am Straßenverkehr nachgewiesen werden kann und jeder Verkehrsteilnehmer bewußt in Kauf nimmt, das Leben anderer zu gefährden?

116. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Warum hat der Bundesverteidigungsminister, der nach Pressemitteilungen für die Bundeswehr 2697 Video-Geräte für 30 Millionen DM bei Sony in Japan bestellt hat, die Industrie in Deutschland hierbei nicht berücksichtigt, welche gerade in dieser Branche schwere Wettbewerbsnachteile gegenüber der japanischen Industrie hat?
117. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus ihrem im Weißbuch 1979 getroffenen Feststellungen gezogen bzw. wird sie noch ziehen, daß sich besonders bei den Versetzungen von Soldaten mit schulpflichtigen Kindern soziale Probleme ergeben und das geltende Trennungsgeldrecht „der Praxis – vor allem den Veränderungen im Bildungs- und Ausbildungssystem nicht mehr gerecht“ werde?
118. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Treffen Auskünfte zu, wonach die dafür notwendigen Gesetzesänderungen bereits seit mehr als einem Jahr in einer Bund-/Länderkommission für das Reise- und Umzugskostenrecht ohne sichtbares Ergebnis verhandelt werden, und was wird die Bundesregierung tun, um entsprechende Gesetzentwürfe noch diesem Bundestag zur Beratung vorzulegen?
119. Abgeordneter
Peter
(SPD)
- Welche Maßnahmen im einzelnen gedenkt die Bundesregierung in Abstimmung mit den betroffenen alliierten Luftstreitkräften zu ergreifen, um noch im Jahr 1980 eine spürbare Minderung der durch Militärflüge ausgelösten Lärmbelästigung der Bevölkerung zu erreichen?
120. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele militärische und zivile Berater der DDR in welchen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas tätig sind und worin deren Hauptaufgaben bestehen?
121. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darlegen, wie die zuständigen Stellen bei der Vergabe von Wohnungen des Bundes an Soldaten und deren Familien den Begriff „familiengerecht“ definieren?
122. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darlegen, in welcher Form der Bund Einfluß auf die mit öffentlichen Mitteln erfolgende Errichtung und Gestaltung von Soldatenwohnungen durch private Bauträger nimmt?
123. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, ob sich eine mögliche Einflußnahme des Bundes auch auf die Gestaltung der Mietbedingungen und der Hausordnungen erstreckt?
124. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob und wann die Umzugspauschale für Soldaten in den letzten zehn Jahren den steigenden Lebenshaltungskosten angepaßt worden ist?

125. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Sind Zeitungsberichte zutreffend, nach denen im Wehrbereich I noch in diesem Jahr mit der Ausbildung von Verwaltungsfachkräften begonnen werden soll, die aus Gründen der Ausbildungsplatzbeschaffung sehr zu begrüßen wäre, wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen, obwohl eine solche Ausbildung meines Wissens personell und räumlich möglich ist?
126. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Welche Arten und welche Mengen von chemischen Kampfstoffen sind nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung in Deutschland für den 2. Weltkrieg und im 2. Weltkrieg produziert worden, und auf welche Weise und in welchem Umfang wurden die vorhandenen Vorräte dieser Kampfstoffe nach dem 2. Weltkrieg vernichtet bzw. beseitigt?
127. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Warum unterwirft sich der Bund als Eigentümer des NATO-Flugplatzes Söllingen nicht denselben, völlig eindeutigen rechtlichen Bestimmungen, die für jeden privaten Bundesbürger in ähnlicher Situation auch gelten würden, indem er zur Dämpfung des Bodenlärms der Düsenmaschinen entsprechende Flughallen baut, nachdem die Kanadier als Benutzer des Flugplatzes dazu nicht in der Lage sind?
128. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die Problematik meiner Fragen vom 30. Januar 1980 entgegen ihren Antworten vom 13. Februar 1980 woanders liegt, es nämlich darum geht, daß der sich verplant fühlende Soldat die Maßnahme weder wünscht noch versteht, und es ferner darum geht, daß er nicht einsieht, daß er für neun Monate einen Lehrgang besuchen soll, dessen Nutzenwendung für die Truppe er nicht erkennt, der für seine zivilberuflichen Pläne nicht förderlich ist, ihn aber einen erheblichen Teil seines Berufsförderungsanspruchs kostet?
129. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Verpflichtungszahlen laut Weißbuch 1970 nach wie vor schlecht sind, nämlich 19 500 fehlende längerdienende Unteroffiziere und 2 500 längerdienende Offiziere fehlen, laut Weißbuch 1979 es immerhin noch 13 000 Unteroffiziere und inzwischen 3 000 Offiziere sind, die fehlen, wobei das Weißbuch bei den Offizieren eine weitere sinkende Tendenz der Verpflichtungsbereitschaft andeutet, nachdem mit der Einführung des Studiums als Bestandteil der Offiziersausbildung zunächst die Verpflichtungsbereitschaft gestiegen war, und welche Konsequenzen ist die Bundesregierung bereit, daraus zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

130. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche konkreten Maßnahmen wurden seitens der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vorgenommen, um auf die Gefahren des Drogenmißbrauchs hinzuweisen?

131. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung kommunaler Behörden, daß bei der Gewährung eines Heizölkostenzuschusses nach dem Gesetz über die Gewährung eines einmaligen Heizölkostenzuschusses 1979 Söhne, die ihren Wehrdienst ableisten, nicht berücksichtigt werden dürfen?
132. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine nach § 18 Abs. 2 der Neufassung des Bundesseuchengesetzes vom 18. Dezember 1979 – BGBl. I S. 2262 – mögliche Rechtsverordnung auch im Hinblick auf die Zunahme von Salmonellenerkrankungen – sobald wie möglich zu erlassen und durch sie Wiederholungsuntersuchungen für Personen, die zumindest empfindliche Lebensmittel in den Verkehr bringen, in Zeitabständen von etwa zwei bis drei Jahren anzuordnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

133. Abgeordneter
Engelhard
(FDP)
- Welche weiteren Lärmschutzmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung an der Bundesautobahn 12 (Autobahn Lindau) innerhalb des Stadtgebiets zu treffen?
134. Abgeordneter
Engelhard
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß zusätzliche Schallschutzmauern im Bereich der betroffenen reinen Wohngebiete sich in die Umgebung einfügen und auch optisch-ästhetischen Ansprüchen genügen müssen?
135. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn im Fall einer telefonischen Verständigung von Paketempfängern über die Ankunft des Pakets Telefongebühren in Höhe von 1,10 DM je Gebühreneinheit in Rechnung stellt, und wenn ja, was sind die Gründe für die Inrechnungstellung dieser erhöhten Telefongebühren?
136. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts einer Vielzahl hierüber verärgelter Kunden bereit, die diesbezüglichen gebührenrechtlichen Bestimmungen zu ändern?
137. Abgeordneter
Schreiber
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Gemeinden für die Schaffung verkehrsberuhigter Zonen in Wohngebieten finanzielle Unterstützung zu gewähren?
138. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wieviel ist bisher von den vom Bundesverkehrsminister im Programm zum Bau von Ortsumgehungen an Bundesstraßen (OU-Programm 1979 bis 1985) für die Jahre 1979/80 für die Ortsumgehung von Borgholzhausen (B 476) zur Verfügung gestellten 500 000 DM abgeflossen, und wann wird diese Baumaßnahme, deren Schwerpunkt im Jahr 1981 liegen sollte, abgeschlossen sein?

139. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU) Wie erklären sich die beträchtlichen Differenzen zwischen den Zahlen des Transitverkehrs auf der Straße und mit der Eisenbahn von und nach Berlin, die sich aus den Quellen des Statistischen Landesamts Berlin, die auf Angaben der Grenzschutzdirektion Koblenz beruhen, sowie den Berichten des Bundesbeauftragten und den Veröffentlichungen des Bundesverkehrsministeriums ergeben und für ein Jahr zwischen mehr als 22 Millionen und 18 bis 19 Millionen schwanken?
140. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung eine zuverlässige Tabelle der Personenbewegungen für die Jahre 1951 bis 1979, unterteilt nach Bus-, Pkw-, Krad-, Eisenbahn- und Luftverkehr, liefern?
141. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß der Bund für Werbenamen von Bundesstraßen, z. B. „Moselweinstraße“ für die B 53, zuständig ist, wer ist der Antragsteller und welche Kriterien müssen gegeben sein?
142. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Wieweit sind die Landesregierungen berechtigt, für Bundesstraßen Werbenamen zu genehmigen?
143. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Mittel für die Errichtung von Notrufmeldeeinrichtungen zur Verfügung zu stellen, da gegenwärtig nur ein Viertel aller Bundesstraßen mit Notrufmeldeeinrichtungen versorgt ist und somit im Notfall Rettungsdienste nicht rechtzeitig verständigt werden können?
144. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Finden in der Nordsee regelmäßige biologische Überwachungen des Meerwassers, insbesondere in den Gebieten statt, in denen Schadstoffe verklappt werden, wer nimmt die Untersuchung vor und welche Ergebnisse sind seit Beginn der Verklappung zu verzeichnen?
145. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der vorliegenden Erkenntnisse über die erhebliche Verschmutzung der Nordsee (siehe meine Anfrage Drucksache 8/3644) unverzüglich Maßnahmen zu einer entscheidenden Verringerung und alsbaldigen völligen Unterbindung der Einbringung von Schadstoffen, wie insbesondere auch des Titandioxyds und des Klärschlammes, zu treffen sind?
146. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die nachteilige Veränderung des Meerwassers im deutschen Teil der Nordsee es zwingend erfordert, unverzüglich zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erlaubnis zur Einbringung des Titandioxyds und des Klärschlammes noch vorliegen und die Erlaubnis für die Einbringung dieser Abfallstoffe unter Umständen sofort widerrufen werden muß?
147. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Welche positiven Auswirkungen auf die Beschaffenheit des Meerwassers der Ostsee sind nach Abschluß des am 22. Mai 1974 in Helsinki getroffenen Übereinkommens zwischen den Ostseeanrainerstaaten über den Schutz der Meeresumwelt der Ostsee bisher festgestellt worden?

148. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß Frachtbriefe für grenzüberschreitende Bahntransporte grenzpolizeilich nicht geprüft werden, so daß zum Beispiel Diebesgut auf diesem Wege unkontrolliert ins Ausland geschafft werden kann?
149. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse oder Schätzungen gibt es über den Umfang solcher Auslands-Bahntransporte von Diebesgut, und welche Mittel zu ihrer Verhinderung oder Erschwerung sieht die Bundesregierung?
150. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung dazu, daß die Deutsche Bundesbahn einerseits in ihrem Informationsblatt „Energie – die Bahn hilft sparen“ feststellt, daß der Straßenverkehr bei gleicher Transportleistung sechsmal soviel Energie wie die Eisenbahn benötigt, und andererseits energiesparenden Schienenverkehr durch Omnibusverkehr auf die Straße verlegen will?
151. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung ihrer Energiesparappelle an den Individualverkehr, wenn für diese Verkehrsteilnehmer nur die Wahl bleibt zwischen zwei Formen des Straßenverkehrs, nämlich Pkw oder Autobus?
152. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD) Wird die von der Deutschen Bundesbahn 1979 zugesagte grundlegende Modernisierung der ca. 200 DB-Reisezugwagen für den Berlin-Verkehr in vollem Umfang eingehalten, und plant die Deutsche Bundesbahn weitere Verbesserungen für den Berlin-Verkehr?
153. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD) Wann werden die ersten modernisierten Reisezugwagen im Berlin-Verkehr eingesetzt und darf man damit rechnen, daß, wie zugesagt, mit Beginn des Sommerfahrplanes der gesamte Wagenpark modernisiert zur Verfügung steht?
154. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Sind die Bundesbahnsonderabteile „Frau und Kind“, die laut Kurswagenverzeichnis Winter 1979/1980 „für Mütter mit Kleinkindern und Frauen, die an Mutter Stelle mit Kleinkindern reisen“ eingerichtet sind, auch für Männer mit Kleinkindern zugänglich und wenn ja, wie kann durch die Änderung der Bezeichnung dieser Abteile der Eindruck geschlechtlicher Ungleichbehandlung vermieden werden?
155. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung kurzfristig zu ergreifen, um zu verhindern, daß auch in Zukunft pro Jahr ca. 11 000 Schulwegunfälle passieren, und ist die Bundesregierung zu einem abgestimmten Programm mit den Bundesländern bereit?
156. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß die Fernverkehrszüge mit einem Notfallarztkoffer ausgerüstet werden?
157. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Untersuchung der „Brigitte“-Aktion über das Radfahren in der Bundesrepublik Deutschland, die in der Feststellung zusammengefaßt werden: „Wer Rad fährt, tut es mit Angst, und wer nicht Rad fährt, tut es meist aus Angst“, und was kann nach Meinung der Bundesregierung getan werden, um diesen Sachverhalt positiv zu verändern?

158. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn mit dem Ziel einzuwirken, den geplanten Neubau der Bundesbahnfachhochschule in der im Zonenrandgebiet gelegenen Eisenbahnerstadt Bebra vorzunehmen, nachdem die Stadt Bebra in der Lage ist, ein geeignetes außerordentlich günstig gelegenes Grundstück zum Teil kostenlos für diesen Zweck bereitzustellen und diese Maßnahme angesichts des in den letzten Jahren erfolgten Verlustes von über 2 000 Arbeitsplätzen im Bundesbahnbereich im Raum Bebra eine notwendige und wünschenswerte strukturpolitische Maßnahme darstellen würde?
159. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Brücke, die von der Deutschen Bundesbahn in 7583 Ottersweier zur Beseitigung des schienen- gleichen Bahnübergangs vorgesehen ist, so dimensioniert, daß sie im Falle des Baues der Bundesbahnschnelltrasse Mannheim-Basel, die sich auf der Gemarkung Ottersweier an den vorhandenen Schienenkörper anlehnen soll, auch über diese hinweg reichen wird?
160. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Kann die Umgehungsstraße im Zuge des Ausbaus der Bundesstraße B 266 im Bereich Firmenich – Obergartzen im Rahmen des bisher vorgesehenen Zeitplans fertiggestellt werden oder ist damit zu rechnen, daß durch die zahlreichen finanziellen Auslandsverpflichtungen des Bundes (z. B. Hilfe für die Türkei oder Nachrüstung für die NATO) sich der Ausbau dieser Straße verzögert oder nicht in absehbarer Zeit eine Fertigstellung zu erreichen ist?
161. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Ausbau der B 256 im Bereich der Gemeinde Hellenthal deswegen zurückgestellt wurde, weil die Bundesregierung die Gelder, die für Straßenbaumaßnahmen ursprünglich vorgesehen waren, für Auslandsverpflichtungen und die Zahlung der höheren Personalkosten im öffentlichen Dienst auf Grund der Tarifabschlüsse benötigt, und kann die Bundesregierung sagen, ob aus den gleichen Gründen weitere Straßenbauprojekte im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland zurückgestellt worden sind?
162. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, daß die projektierte Autobahn A 44 im Bereich des Wohngebietes Obere Flandersbach (zwischen A 31 und L 426 gelegen) eine durchgehende und ausreichende „Abdeckung“ erhält, damit die betroffenen Anwohner vor Lärm und Abgasen geschützt werden?
163. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie viele „Geisterfahrer“ auf Bundesautobahnen wurden in den vergangenen 12 Monaten registriert, und wie viele Unfälle wurden von ihnen verursacht?
164. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welches waren die Unfallfolgen und was hat die Bundesregierung konkret unternommen, um z. B. durch bessere Beschilderung und Kennzeichnung dieser besonderen Unfallgefahr vorzubeugen?
165. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Fernmeldetechnischen Zentralamts der Deutschen Bundespost (Schreiben VW 19 C 3160 vom 23. Januar 1980 an die Stadt Freiburg im Breisgau), daß nach § 27 Abs. 1 der Fernmeldeordnung (FO) private

- Nebstellenanlagen mit Ausnahme des § 27 Abs. 3 FO nur von privaten Unternehmern hergestellt und unterhalten werden dürfen, und daß demzufolge öffentlich-rechtliche Körperschaften und die im Eigentum von öffentlich-rechtlichen Körperschaften stehenden Gesellschaften privaten Rechts ihre privaten Nebstellenanlagen nicht selbst unterhalten dürfen, sondern sich dazu dritter privater Unternehmen bedienen müssen?
166. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die rechtliche Verbindlichkeit dieser Regelung durch die Fernmeldeordnung, und wie läßt sich die vom Fernmeldetechnischen Zentralamt vertretene Auffassung mit der vom Deutschen Bundestag gewünschten und gebilligten unternehmensrechtlichen Konzeption der Deutschen Bundespost vereinbaren?
167. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Zahl der bei der Deutschen Bundespost im Jahr 1979 eingegangenen Nachforschungsanträge für verlorengegangene Geschenksendungen in die DDR, bzw. das entsprechende prozentuale Verhältnis zur Gesamtzahl der Paketsendungen in die DDR?
168. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) Wieviel dieser Nachforschungsanträge wurden von den DDR-Stellen bearbeitet und — mit welchen Begründungen — beantwortet (aufgeschlüsselt nach Gründen wie „Beschlagnahme“ oder „unauffindbar“)?
169. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Deutsche Bundespost, das bisher selbständige Postamt Lauf a. d. Pegnitz aufzuheben und dem Postamt Nürnberg 3 anzugliedern?
170. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Wenn ja, ist die Deutsche Bundespost bereit, die von der Kreisstadt Lauf a. d. Pegnitz gegenüber dem Bundespostminister erhobenen Gegenvorstellungen zu berücksichtigen und von ihren Umorganisationsplänen insoweit Abstand zu nehmen?
171. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß es den Bediensteten der Deutschen Bundespost zugemutet wird, ihre private Zeitkarte auch für Dienstgänge zu benutzen?
172. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß diese Praxis geändert wird, indem den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die täglich einen Dienstgang zu verrichten haben, entweder von Amts wegen eine Zeitkarte ausgehändigt wird oder eine anteilmäßige Kostenübernahme durch die Verwaltung gewährleistet wird?
173. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Trifft es zu, daß es bei der Deutschen Bundespost auf Amtsebene Regelungen gibt, wonach Frauen dann nicht Zustellerinnen werden können, wenn zu ihrem Aufgabenbereich auch die Eilzustellung, die Briefkastenleerung und die Paketzustellung gehören?
174. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit billigt die Bundesregierung Konzentrationsmaßnahmen der Deutschen Bundespost, die darauf gerichtet sind, Poststellen im ländlichen Raum zu schließen, obwohl dadurch das Ziel der Raumordnungspolitik, „gleichwertige Lebensbedingungen“ in Stadt und Land zu schaffen bzw. zu erhalten, infrage gestellt wird?

175. Abgeordneter
Immer
(Alten-
kirchen)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die anlässlich der Stilllegung von Poststellen im ländlichen Raum von der Deutschen Bundespost gegenüber den betroffenen Gemeinden geäußerte Begründung, — das ja die meisten Haushalte auf dem Lande über ein Auto verfügten —, angesichts der Tatsache für gerechtfertigt, daß diese Fahrzeuge zur Erreichung des Arbeitsplatzes, verbunden mit höher werdenden Betriebskosten, infolge Rückganges des öffentlichen Verkehrsangebots dringend erforderlich sind und keineswegs für die „Teilprivatisierung der Deutschen Bundespost am Verbraucherende“ zur Verfügung stehen?
176. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zur Zeit durch die Fernmeldeämter der Deutschen Bundespost dem einzelnen Anschlußnehmer in jeweils mehrseitigen Aufstellungen Mitteilungen über bisherige und zukünftige Gebühren zugesandt werden, und wie beurteilt sie dieses aufwendige, bürokratische und kostspielige Verfahren?
177. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Warum kann nicht einfach ein Hinweis auf die größtenteils unerheblichen Differenzbeträge oder die Anregung im Zweifelsfalle bei bestimmten Stellen nachzufragen auf der nächsten monatlichen Fernmelderechnung erscheinen?
178. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- In welchen schleswig-holsteinischen Postämtern sind die Eingänge nicht rollstuhlfahrgerecht und welchen Zeitraum benötigt noch die Deutsche Bundespost, bis sie alle Postämter so eingerichtet hat, daß sie auch von Rollstuhlfahrern ohne Schwierigkeiten in Anspruch genommen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

179. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU)
- Zu welchen Ergebnissen hat die vom Bundesbauminister eingeleitete Überprüfung, welche Konsequenzen aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juni 1979 zum Kleingartenrecht zu ziehen sind, geführt?
180. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Vorlage konkreter Gesetzesvorschläge durch die Bundesregierung zu rechnen, und welchen Inhalt werden die Regelungen haben?
181. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der in der Bevölkerung vorhandenen Bereitschaft, durch bauliche Maßnahmen in Wohnhäusern Heizenergie einzusparen, die Mittel für Energiesparmaßnahmen zu erhöhen?
182. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang und bis wann ist die Bundesregierung bereit, die mit dem Wohnungsbauänderungsgesetz 1980 für den Fall der vorzeitigen und vollständigen Rückzahlung der öffentlichen Mittel vorgesehenen Bindungslockerungen auch auf die mit Wohnungsfürsorgemitteln des Bundes geförderten Bundesbedienstetenwohnungen zu übertragen?

183. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist das Gesamtinvestitionsvolumen aller im Bundesprogramm 1980 enthaltenen Städtebauförderungsmaßnahmen, und wie hoch ist das Gesamtinvestitionsvolumen beantragter Vorhaben, die nicht in das Programm aufgenommen werden konnten?
184. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Sind im Rahmen des Bundesprogramms für den Einsatz von Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 72 des Städtebauförderungsgesetzes für das mittelfristige Förderungsprogramm Sanierungsvorhaben der Stadt Schleiden (Gmünd, Mühlenstraße), der Stadt Bad Münstereifel (Stadtkern) und der Gemeinde Nettersheim (Nettersheim und Marmagen) im Kreis Euskirchen berücksichtigt worden?
185. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die direkten und indirekten Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hände für den Wohnungs- und Städtebaubereich, und wie verteilen sich diese Aufwendungen auf Bund, Länder und Gemeinden?
186. Abgeordneter
**Dr.-Ing.
Oldenstädt**
(CDU/CSU)
- Welche Mittel wurden jeweils aufgrund welcher gesetzlicher Bestimmungen der Stadt 2807 Achim für die Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Achim-Mitte“ seit 1972 zur Verfügung gestellt?
187. Abgeordneter
**Dr.-Ing.
Oldenstädt**
(CDU/CSU)
- Welche Zweckbindung war mit der Mittelbewilligung verbunden?
188. Abgeordneter
Sybertz
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß öffentliche Auftraggeber des Bundes zunehmend dazu übergehen, Bauprojekte an Generalunternehmer zu übergeben?
189. Abgeordneter
Sybertz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß davon hauptsächlich mittelständische Betriebe betroffen und in ihrer Existenz bedroht sind?
190. Abgeordneter
Sybertz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß eine solche Vergabep Praxis mittelfristig zu unerwünschten, monopolähnlichen Situationen auf dem Bausektor führt?
191. Abgeordneter
Sybertz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß dies auch zwangsläufig zu Preiserhöhungen führt und daß eine solche Entwicklung für private und öffentliche Bauherren gleichermaßen schädlich ist?
192. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Landesbausparkassen (vgl. LBS: Wohnungspolitik der 80er Jahre), „daß auf Grund von entsprechenden Verwaltungsvorschriften das Ausstattungsniveau neuerrichteter Sozialbauwohnungen das der frei-finanzierten Wohnungen zum Teil übersteigt?
193. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)**
(CDU/CSU)
- Welche Bundesbehörden und Bundeseinrichtungen sind nicht standortgebunden und würden sich deshalb auch für eine Verlagerung ins Zonenrandgebiet eignen?

194. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- An welche Bundesbehörden oder Bundeseinrichtungen denkt die Bundesregierung bei ihren Überlegungen, Arbeitsplätze des Öffentlichen Dienstes in das Zonenrandgebiet zu verlagern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

195. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise und aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Einfluß auf die individuellen Menschenrechtsbemühungen der Frankfurter Gesellschaft für Menschenrechte genommen?
196. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Dresdner Ingenieur Rainer Bäurich, der im Zuge der DDR-Amnestie am 6. Dezember 1979 aus der Haft entlassen worden war, am 12. März 1980 erneut festgenommen worden ist, und welche Gründe sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung dafür seitens der DDR-Behörden geltend gemacht worden?
197. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die DDR-Regierung dazu zu veranlassen, Rainer Bäurich aus der Haft zu entlassen und ihm die Übersiedelung in die Bundesrepublik Deutschland zu gestatten?
198. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Gibt es konkrete Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin, um den Beschäftigtenstand in Berlin nicht – wie vom DIW befürchtet – im 2. Halbjahr 1980 absinken zu lassen?
199. Abgeordneter
Bahner
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung ein Konzept, um die Ausweitung der Arbeitsplätze in Berlin in der mittelfristigen Perspektive abzusichern – und wenn ja, welche Grundelemente enthält es?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

200. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU)
- Welche Erwartungen setzt die Bundesregierung in den Einzelversand von Postern zum Thema Kernenergie und ihre Alternativen?
201. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU)
- Welche Kosten sind der Bundesregierung für eine ganzseitige Ankündigung solcher Poster in der „Welt der Arbeit“ vom 13. März 1980 entstanden?
202. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die Auflage der „Welt der Arbeit“, und welche Nachfrage nach Postern besteht auf Grund der Annonce?
203. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU)
- Mit welcher Begründung wird in der Anzeige erklärt, daß Bundesforschungsminister Dr. Hauff die Poster zusenden möchte, während offensichtlich das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums den Versand tätigt?

204. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Welche Erfahrung hat die Bundesregierung bei der Durchführung des von der Bundesregierung geförderten Sonnenenergieprojekts in Las Barrancas (Mexico) in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht gemacht?
205. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Welche Erfahrungen wurden von ihr bei diesem Projekt in entwicklungspolitischer und sozialer Hinsicht gemacht?
206. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Weiß die Bundesregierung, ob es bei der Bevölkerung des Orts Las Barrancas zu Schwierigkeiten bei Anwendung und Annahme der mit dem Einsatz der neuen Technik verbundenen Umstellung gekommen ist oder kommt?
207. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, ob Erkundungssatelliten der neuesten technischen Generation über eine Informationsauflösungsqualität verfügen, Gegenstände auf der Erde identifizieren zu können, die eine Dimension von einem Quadratmeter oder weniger haben?
208. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Haben Forschungseinrichtungen des Bundes oder Organisationen im unmittelbaren Verantwortungsbereich der Bundesregierung einen Zugang zur Nutzung solcher Satelliten?
209. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Warum hat es der Bundesforschungsminister bis heute versäumt, entsprechend den ursprünglichen Vorschlägen ein bundesweites Musterprogramm für den Einsatz solarenergiebeheizter Häuser zu starten und meßtechnisch zu verfolgen, um bessere Erfahrungen über die Anwendung der Solarenergie in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen?
210. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Hat sich das mit Mitteln des BMFT bei Bühl/Baden geförderte Geothermik-Pilotprojekt bewährt, und zu welchen für die Nutzung der Erdwärme verwertbaren Ergebnissen hat es geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

211. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung und die bisherigen Arbeitsergebnisse des von ihr geförderten Europäischen Hochschulinstituts in Florenz, insbesondere im Hinblick auf den 3. Tätigkeitsbericht dieser wissenschaftlichen Forschungseinrichtung?
212. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wieviel Mädchen werden in Schleswig-Holstein im Rahmen des vom Bund geförderten Modellversuchs in „frauenuntypischen“ Berufen ausgebildet, und welche Erfahrungen sind bei dem Modellversuch bisher in diesem Bundesland gesammelt worden?

Bonn, den 11. April 1980

